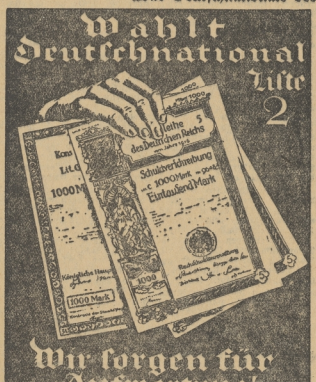
Vor der Wahl und nach der Wahl

Was Deutschnationale versprechen und was sie halten



ACHTUNG!

Was 13 Jahre der erste Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei

Die Aufwertung

der Hypotheken- und Kriegsanleihen, der Pfandbriefe, der Bankgeldsparbücher und der Obligationen, der Pfandbriefe und Schuldverschreibungen, Wohl alle Parteien reden von der Aufwertung. Aber welcher Partei ist es ernst mit dieser Forderung? Welche Partei hat bis ohne Rücksicht auf Kriegs- und Revolutionsgewinnler, jene Wucherer der Enteignung unserer alten Reichsmark, jemals auch ohne Verschuldet zur Aufwertung bekannt?

Die Deutschnationale Volkspartei!

Die bedeutsamen beiden Gesetzesvorschriften, deren Vater der Finanzminister Dr. Luther ist, das erste zum Vorschlagsgesetz, das Vorhaben der Besitzer von Hypotheken, Pfandbriefen, Obligationen, Kommunalanleihen, Schuldverschreibungen, sicherlichen Rechten usw. zu mehr als 25 % freiwillig, zu 7—8 % gesetzlich zu erhalten und den Wert des Schuldners zu erhalten. Aber die Deutschnationale Volkspartei hat die wichtige Aufhebung dieser Vorschriften gefordert, nämlich die die anderen Parteien mit einigen vorsichtigen Abänderungsanträgen begnügten, das Zentrum überhaupt nichts tat. Die Deutschnationalen haben durch die Organe der Reichsregierung, angeblich dieser Bestimmungen der Deutschnationalen haben bereits von einem Aufwertungsschwindel. Wirst von so ernst, als ob die Sozialisten jemals für eine Aufwertung eintreten würden!

Die Deutschnationale Volkspartei weiß aber keinen Schwindel. Sie hat im Gegenteil alle einzigen Partei und diesem Gesetz ihren politischen Arbeit gefördert, indem sie im Gleichstimmen Zusatzes den Kreise Hilfe und Verschuldete, daß in den Kommissionen 600.000 Mark zur Aufwertung der Mieten von bei der Mietzinssteuer Einsparen eingesetzt werden. Für den Beleihung aber liegen von der Deutschnationalen Volkspartei folgende Zusätze vor:

1) Zahlung der beiden Gewerbesteuerverordnung.
2) Abbeziehung Zuschuss von Zinsgutscheinen auch bei Reichsanleihen.
3) Eine höher als 15 % zur Aufwertung aber bevorzugt zu behandelnden (industriellen) Forderungen.
4) Dienstes bisherigen Zahlung Gleichgerecht:
1. Die durch die beiden Gewerbesteuerverordnung beteiligten aber durchschlägigen Rechte wieder herzustellen.
2. Den Finanzminister, Verwendung der Beiden aus die Verpflichtungen der Gemeinden für ihre Ausgaben wieder aufzunehmen.
3. Die Grundstückbesitzung zeitweilig Kapitalsteuer, damit die laufenden Verpflichtungen der Grundstückeigentümer erfüllt werden können.

Die Deutschnationale Volkspartei ist entschieden, daß mit allen Kräften für diese Zusätze eingetreten und den Beiden folgen Mieter aber zu retten, nun auch zu retten ist. Und auch dann wird gestellt werden, was zahlreiche zeitdeutschnationaler Mitbesitzer. Deshalb hat die Deutschnationale Volkspartei beschlossen, an der vor erst noch nicht ganz fertigen Plane der Reichsrate die Bestimmungen der Aufwertung, Abwertungsvorgrößerer Not zu setzen und auch den bisherigen Abgeordneten Gesetzes beschwert wieder, in den Reichstag zu bringen.

Darum, Ihr Owner und Kriegsrentner, Ihr Mieter und Hypothekar und sonstigen Wertschuldner, verteilt bei Liste 2, dem Deutschnationalen Volksparteiliste, zum Sieg! Die geringste nicht, daß die Deutschnationale Volkspartei nur mit von einer Gesamtzahl von 106 Mitgliedern in den neuen Reichstag eingeht! Doch erfahrener und hat Eingang in jeder Partei werden! Denn wird ihrer Wert den Beleihung nur wieder auflösen können, und denn werden auch unsere Aufwertungsanträge auch neben Erfolg haben!

Wählt

Deutschnationale Volkspartei!

Wählt Liste 2

Die Deutschnationalen haben ihren Wahlerfolg 1924 hauptsächlich ihren verlogenen Aufwertungsversprechungen zu verdanken. Jetzt wollen sie davon nichts mehr wissen, möchten nicht mehr daran erinnert sein. Es ist deshalb recht nützlich, daß die „Leipziger Volkszeitung" durch Abdruck obigen Deutschnationalen Flugblattes aus der Wahlzeit 1924 den dokumentarischen Beweis für deutschnationale Betrügerei erbringt. Die „Leipziger Volkszeitung" hat damals bereits die Versprechungen der Deutschnationalen als Schwindel entlarvt, und die Entwicklung hat ihr völlig recht gegeben. Man lese die großen Versprechungen, die dort mit den Anträgen Hergt und Steiniger gemacht worden sind und vergleiche sie mit der beinahe völligen Enteignung, die an den kleinen Sparern, Rentnern und Anleihebesitzern vollzogen wurde.

Ja, noch mehr. Vor den Wahlen wurde mit dem Vertrauensmann der Aufwertungsorganisationen, Herrn Dr. Best, geradezu amerikanische Reklame gemacht. Als dann aber im Reichstag die Aufwertungsgesetze zur Behandlung kamen, wurde Dr. Best aus der deutschnationalen Fraktion hinausgeworfen. Nur durch das Entgegenkommen der sozialdemokratischen Fraktion, die einen ihrer Sitze im Ausschuß Herrn Dr. Best zur Verfügung stellte, wurde es möglich gemacht, daß Herr Dr. Best, der in den Flugblättern von den Deutschnationalen in den Himmel gehoben wurde, im Aufwertungsausschuß die Vorschläge der Deutschnationalen auf der Zeit der Wahlagitation vertreten konnte.

Die Deutschnationalen aber lehnten in ihrem Drange nach der Fürstenpfründe ihre eigenen früheren Aufwertungsanträge, die die Sozialdemokratie teilweise aufnahm, dreist ab. Die verarmten und verzweifelten Abgewerteten wurden mit einem Aufwertungsgesetz gepreßt, nach dessen Bestimmungen die „Aufwertung" einen Skandal darstellt, einen schamlosen Riesenbetrug.

Betrogene, denkt am 20. Mai daran!

Die Prostitution der Deutschen Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei versucht sich schon wieder den Deutschnationalen für politische Liebesdienste nach den Wahlen anzubieten. Schon mehrfache Aeußerungen dieser Art waren in letzter Zeit zu verzeichnen. Zuletzt hat sich jetzt Graf Kanitz in einer Wahlversammlung in Königsberg folgendermaßen geäußert:

„Es ist eine völlig irrige, leider in deutschnationalen Versammlungen verbreitete Meinung, daß die Deutsche Volkspartei sich bereits mit den Sozialdemokraten darüber geeinigt habe, daß jetzt die Große Koalition kommen werde. Wenn sie kommen sollte, begrüßt das die Deutsche Volkspartei keineswegs. Die Deutsche Volkspartei hat aber unbestritten in den letzten Jahren alles getan, um die Deutschnationalen in die Regierung hineinzutheßen. Ich erinnere nur daran, daß der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Minister Scholz, sich geradezu unbeliebt gemacht hat mit seinen dauernden Versuchen, die Deutschnationalen hinzuzuziehen und auch ich persönlich bin natürlich viel lieber mit einer Partei zusammen, mit der ich die großen politischen Ziele teile als mit der Linken. Wie steht es überhaupt mit dem Verhältnis zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei? Die beiden Parteien haben sachlich eigentlich sehr wenig Unterschiedsmerkmale, politisch haben sie bestimmt dieselben Ziele, abgesehen vom Reichsschulgesetz. Aber die Zeit ist nicht mehr fern, in der die Deutschnationalen einsehen werden, daß die Deutsche Volkspartei die protestantische Schule nun einmal bestimmt garettet hat. Nach meiner Ansicht unterscheidet sich die Deutsche Volkspartei von den Deutschnationalen nur in der Methode, im Tempo und im Ton, aber nicht in den großen Zielen."

Das stimmt alles, und wir sagen es den Wählern ja täglich. Dieses „gemeinsame Ziel" der beiden Parteien war ja die Grundlage der ganzen Bürgerblockpolitik, die hinausläuft auf politische und soziale Reaktion gegenüber dem Volke und auf dessen wirtschaftliche Belastung und Ausbeutung zugunsten einer kleinen herrschenden und besitzenden Kapitalistenklasse. Auffällig und beschämend ist nur für die Deutsche Volkspartei, daß sie immer hinter den Deutschnationalen bettelnd herkriecht, um so schnell wie möglich wieder in deren Hörigkeit zu kommen. Es dokumentiert sich darin der alte nationalliberale Charakter nach dem eigenen Abgeordneten Hammacher: „Hunde sind wir ja doch", immer bereit, „über den Stock zu springen", den die Konservativen hinhalten.

Der Wahl-Flieger

(In ihrer Verzweiflung greifen die Deutschnationalen zu einem „Bremen"-Wahlplakat.)

Graf Westarp fühlt sich nicht mehr wohl,
Er weiß, man wird ihn dreschen,
Umsonst der alte Phrasen-Kohl,
Er muß die Zeche blechen!

So hängt er sich, von Angst gepackt,
Im Kohl den „Bremen"-Flieger,
Längst ist der Arme abgefackt —
Ein sehr banktrotter Sieger!

Das Fliegen, lieber Graf, das sei
Euch allen unbenommen,
Wir werden schon im Monat Mai
In rechte Schwingung kommen.

Kuka.

Um das Wahlrecht sicher zu ausüben können, gehe jeder schon am Vormittag zur Wahl!

170 Prozent Friedensmiete?

Hast du noch nicht genug mit 120 Prozent Friedensmiete? Willst du, daß die Altdaumieten auf 170 Prozent der Friedensmieten erhöht werden?

Dann nach dasselbe, was du 1924 gemacht hast, gib deine Stimme den Deutschnationalen oder wähle kommunistisch.

In einer Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung vom 10. Dezember 1927 hat die Bürgerblockregierung (auf Seite 15) erklärt:

„Die Altdaumiete ist bis zur Neudaumiete zu erhöhen, d. h. auf etwa 150 bis 170 Prozent der Friedensmiete."

Weißt du, was das bedeutet?

Jede Mietsteigerung um 10 Prozent der Friedensmiete ist eine Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft um 500 Goldmilliarden jährlich. Infolge der Erhöhung der Miete von 75 auf 120 Prozent durch den Besitzbürgerdrock ist dem deutschen Volk also eine Mehrbelastung von mehr als 2 Milliarden auferlegt worden.

Vergeblich war der Kampf der Sozialdemokratie gegen diese rücksichtslose Profitwirtschaft der Hausbesitzer.

Mieterschaft und Wohnungslose müssen sich zusammenschließen. Die Bestrebungen der Unternehmerparteien, die Mieten zu erdrücken, sind nur aus Angst vor den Wahlen vorläufig unterbrochen worden.

Wehe den Mietern, wenn der Bürgerblock wiederkehrt.

Frauen, merkt auf!

In der Zeitschrift „Deutschnationaler Bund der Hauswirte" wird gegen „das Wahlrecht der Dummen" Sturm gelaufen und ihnen ein „vernünftiges Wahlrecht" gegenübergestellt. Es heißt da wörtlich:

„Zunächst muß die Unerfahrenheit ausgeschaltet werden durch Heraufsetzen des Wahlalters auf 30 Jahre. Dann muß das Frauenwahlrecht beseitigt werden, da dieses nur die Stimmungsmacht verdoppelt und die Wahl verteuert. Frauen haben in der Politik nichts zu suchen. Endlich muß die Dummheit ausgeschaltet werden durch Einführung einer Wahlprüfung über Wirtschaftsfragen. Nur wenn diese drei Bedingungen erfüllt sind, können wir wieder zu vernünftigen Zuständen gelangen."

Dieser Artikel gibt mit erfreulicher Offenheit die geheimen Wünsche der Deutschnationalen wieder. Die deutschnationalen Hauspaschas sind doppelt unvorsichtig. Sie plaudern aus, was andere heimlich erstreben und sie fordern eine Prüfung über Wirtschaftsfragen, bei der sie selbst und ihr Anhang am glänzendsten durchfallen würden.

Jungwähler und Frauen, wählt Liste 1

Frauen und Mädchen!

Auch euch geht es an!

Denn auch ihr leidet unter dem Elend der Gegenwart. Ihr Frauen wißt nicht, wie ihr mit dem kargen Lohn des Mannes auskommen sollt. Jede Freude ist euch versagt! Eure Kinder sind krank und unterernährt, ihr könnt ihnen nicht genug zu essen geben, ihr könnt sie nicht in sonnige Gegenden unter einen azurblauen Himmel schicken, denn ihr habt dazu kein Geld! Ihr wohnt in kleinen, schlechten Wohnungen, die Reichen und Satten in Villen und Palästen! Ihr und eure Männer und sogar schon eure Kinder schanzen und schuften vom frühen Morgen bis zum späten Abend, und habt doch keinen Anteil an den Schönheiten dieser doch so schönen Welt. Und eine kleine Oberschicht der Besitzenden lebt von eurer Arbeit, zehrt von eurem Mark und kann sich alle Genüsse und Schönheiten der Erde leisten.

Wollt ihr es immer so haben?

Nein! Dann kommt am 20. Mai alle zur Wahlurne, rüttelt die säumigen und gleichgültigen Arbeitsschwestern auf und werft unermüdlich für den Sieg der Sozialdemokratie, die seit Jahrzehnten für eure Erlösung aus Not und Knechtschaft kämpft.

Und du, junges Mädchen!

Auch dich geht es an! Auch du wirst eine Frau, wirst eine Mutter, auch dir steht das gleiche Elend bevor!

Ihr Frauen und Mädchen seid die Träger und Erzieher der kommenden Generation! Euren Kindern soll mehr Licht, mehr Freiheit, mehr Sonne im Leben beschieden sein! Oder wollt ihr wieder Kinder aufziehen, damit ein neuer Krieg sie töten oder verstümmeln soll? Denkt an die schreckliche Zeit des letzten Krieges, denkt an die Hungerjahre, denkt an die ungeheuren Blutopfer, denkt der weinenden Mütter, denen der Krieg den Sohn, denkt der Frauen und Kinder, denen er Gatten, Vater und Ernährer raubte, denkt auch der jungen Mädchen, denen der Krieg ihr ganzes Glück zerstörte.

Wollt ihr, daß dieses Elend sich wiederhole?

Ihr könnt es nicht wollen, denn ihr habt ja genug des Elends und Jammers gekostet.

Wollt ihr, daß das Verbrechen eines Krieges nie wieder über die Erde rase, daß die Brandfackel des Krieges nie wieder die Länder verwüste, daß nie wieder solch ungeheures Morden geschehe, wollt ihr, daß es alles schaffenden Menschen auf dieser Welt schon gut gehen soll, dann kommt alle, alle am 20. Mai zur Wahlurne.

Zeigt, daß ihr gemeinsam mit den Männern bereit und fähig seid, euch und euren Kindern eine glücklichere Zukunft zu erringen.

Frauen und Mädchen, ihr seid die Mehrheit der Wahlberechtigten. In euren Händen liegen die Geschicke des Volkes. Wenn ihr alle den Kampf führen helft gegen das Elend und Unrecht, für das Wohlergehen aller im Sozialismus, dann kann keine Macht der Erde mehr den Aufstieg der Arbeiterklasse hindern.

Die Reichstagswahl am 20. Mai ist ein Schritt vorwärts zum großen Ziel. Gibt euch der großen Verantwortung bewußt, handelt so, daß ihr nicht einst von euren Kindern angeklagt werden müßt, tragt bei

zum Siege der Sozialdemokratie!

Everling, die Fürsten und die kleinen Sparer

Deutschnationales Rechtsempfinden

Im Zusammenhang mit dem Verhalten Everlings in der Frage der Fürstenabfindung erinnerte der Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverband in Mecklenburg feinerzeit daran, daß Everling vor den letzten Reichstagswahlen auf die Anfrage des Verbandes erklärte, er habe sich die Vorschläge des Oberlandesgerichtspräsidenten Peß zu eigen gemacht. Auf Grund dieser Erklärung haben ihm die kleinen Sparer und Gläubiger ihre Stimme gegeben, und Everling sei nur mit Hilfe dieser Stimmen Reichstagsabgeordneter geworden. An diese Tatsachen knüpft der Verband bittere Betrachtungen, in denen es heißt:

„Sein Rechtsempfinden hinderte ihn alsdann nicht, für das Aufwertungsgesetz zu stimmen und verbietet ihm heute nicht, für hundertprozentige Aufwertung bei den Fürstenabfindungen sich einzusetzen mit der Begründung, daß er lediglich die Aufgabe habe, für den Rechtsgedanken und damit für die mit Entrechtung bedrohten Fürsten einzutreten."

Die kleinen Sparer haben Gelegenheit, sich am 20. Mai dessen zu erinnern!

Inches 1 2 3 4 5 6 7 8
Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19
Colour Chart #13
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black